

Wahlprogramm Kommunalwahl 2024

Die Linke



Die Linke



Wir. Gemeinsam. Für Branne.

DIE LINKE zur Kommunalwahl 2024

Hallo Leute,

ick bin´s, Bella Branne, die Chefin des Frisiersalons „Scharfe Schere“. Ihr fragt euch vielleicht, wat ick im Kommunalwahlprogramm der Linken zu suchen habe, wo ick doch nich mal Mitglied in dem Verein bin. Aber wer dit linke Kreisblättchen „Havelbrandung“ liest, der weebß, dass ick dort seit 10 Jahren regelmäßig auf der Kommentarseite meinen Senf dazujebe, sozusagen als kritische Sympathisantin und Stimme der Leute, mit denen ick täglich zu tun habe.

Diesmal haben mich die Linken jebeten, ihren Programmentwurf unter die Lupe zu nehmen und dit Ganze dann auf meine Weise auszudrücken. Ick soll diese abgehobene Funktionärssprech ignorieren und reden, wie mir der Schnabel jewachsen ist. In Jedanken hab ick gleich noch hinzugefügt: ... und dit ideologische Brimborium weglassen. Ick war neugierig jenug, mich auf dit Experiment einzulassen.



Allerdings nich, ohne mir bei den Themen, von denen ick nich jenug Ahnung habe, Hilfe zu holen. Jeholfen haben mir mein Sohn Fritzchen (19), mein Dauerfreund Heiko Bollmann (45) und meine schlaue Mutter Klärchen Branne (68).

Natürlich hab ick auch die Jespräche mit den Linken und die Kommentare meiner Kundschaft berücksichtigt.

Hier könnta nachlesen, wat dabei rausjekommen ist.

Projekte der Partei Die Linke für Brandenburg an der Havel

PROJEKT 1:

Gute Lebensqualität für alle – Vielfalt, Freiheit, Sicherheit



Für dieses Projekt hat sich besonders meine Mutter interessiert, ihre Gedanken sind hier einfließen.

Sie ist nicht mit allem einverstanden, was die Linken so raushaun, aber in einem stimmt sie ihnen voll zu: Wenn es um die Grundrechte des Menschen geht, also um Essen, Schlafen, Wohnen, Arbeit, Bildung und Gesundheit, dann ist die Orientierung am Gemeinwohl angesagt und nicht privatkapitalistische Profitmacherei. Und, ganz wichtig: Man kann die Soziale nicht losgelöst vom Ökologischen betrachten – und umgekehrt.

a) Klimaschutz

Hier beruhigt die Linke nicht oder verharmlost die Probleme, sondern bevorzugt ein Vorgehen in zwei Richtungen: Einerseits fordert sie die Kommune auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Folgen des Klimawandels in den Griff zu bekommen, andererseits stellt sie fest, dass man den Leuten reinen Wein einschenken muss darüber, dass wir künftig mit mancher nicht mehr rückgängig zu machenden Folge des Klimawandels leben müssen: mit extremen Wetterlagen, mit Hitze und orkanartigen Stürmen. Die Stadt tut gut daran, Vorkehrungen gegen solche Katastrophen zu treffen.

b) bezahlbarer Wohnraum für alle

Wenn uns was besonders einleuchtet hat, dann sind es die **Forderungen der Linken** zum Thema Wohnen:

- Wohnungen sind keine Spekulationsobjekte.
- Eine vielfältige Eigentümerstruktur wird der Aufgabe der Daseinsvorsorge in unserer Stadt am besten gerecht. Besonders tragen die kommunale Wohnbau und die vielen Wohnungsgenossenschaften der Stadt Verantwortung für ein gutes und sicheres Wohnen der Leute.

- Bezahlbaren Wohnraum brauchen wir in allen Stadtteilen. Eine Ghettoisierung muss verhindert werden! Deshalb müssen überall langfristig Wohnungen mit sogenannten Belegungsbindungen entwickelt und gesichert werden. Für solche Wohnungen braucht man einen Wohnberechtigungsschein (WBS) und zahlt eine gedeckelte Miete. **Die Linke fordert in der Stadt mindestens 800 belegungsgebundene Wohnungen** – doppelt so viele wie aktuell zur Verfügung stehen.
- Bestandserhalt geht vor Neubau. Manche leere Platte hat was Besseres verdient als nur die Abrissbirne. Die Aufwertung von Hohenstücken kann doch nicht so schwer sein! Andere Städte machen es vor. Da gibt es in solchen Blöcken Quartiere für Studis oder Azubis oder Saisonkräfte. Da werden solche Räumlichkeiten für eine geringe Miete an Kreative übergeben (z.B. als Atelier- und Proberäume).
- Die Stadt soll viele Wohnformen ermöglichen und ggf. fördern, von der klassischen Mietwohnung über Eigentumswohnungen und Eigenheime bis hin zu ausgebauten Ladenlokalen und Mischformen von alledem. Bei der Finanzierung individueller Bauvorhaben, die den Wohnungsmarkt entspannen, sollen die Banken mit ins Boot geholt werden: Welche Kreditformen haben sie anzubieten, die auch der kleine Mann abstoßern kann?
- Unsere ausländischen Mitbürger dürfen bei der Versorgung mit Wohnraum nicht benachteiligt werden.
- Die Linke unterstützt die Installation von Balkon-Solaranlagen und die Fassadenbegrünung geeigneter Gebäude.
- Die Linke unterstützt alle Maßnahmen, die zu einem sauberen Stadtbild beitragen und beteiligt sich an entsprechenden Aktionen. Sie spricht in der SVV regelmäßig die Probleme der Stadt mit Vandalismus und Schmierereien (z.B. auf dem Marienberg) an und trägt zur Beseitigung dieser Probleme bei.
- Die Linke billigt das Sicherheitskonzept der Stadt.

c) Gesundheitsversorgung

„Unser Gesundheitswesen ist auf dem Weg zu einer Zweiklassenmedizin“ sagt die Linke und ich stimme ihr vollinhaltlich zu. Bin gespannt, was sie ausrichten kann, um weitere Schritte auf diesem Irrweg zu verhindern. Jedenfalls hat sie sich einiges vorgenommen:

- Die Linke will der **Stabilität der Gesundheitsversorgung in Zukunft wieder mehr Aufmerksamkeit schenken.**

Mein Kommentar: Das ist auch bitter nötig, wenn ich allein schon daran denke, welche Schwierigkeiten die Apotheken neuerdings haben, bestimmte Medikamente aufzutreiben. Oma Böttcher von Nebenan mit ihrer seltenen Krankheit kriegt kaum noch ein Rezept sofort einjelöst und wenn die Apotheke für den nächsten oder übernächsten Tag einen Fahndungserfolg melden kann, dann muss sich Oma Böttcher erst wieder an das veränderte Outfit des Medikaments gewöhnen, das jedesmal von einer anderen Firma kommt.

Die Linke stellt fest:

- In unserer Stadt herrscht zwar kein allgemeiner Fachärztemangel, aber einzelne Bereiche sind unterversorgt. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, auf geeignete Maßnahmen zu dringen, um solche Angebotslücken zu schließen.
- Nachhaken will die Linke bei der Frage, wie viele Absolventen der MHB auf den Deal eingegangen sind, als Gegenleistung für ein Stipendium Verträge mit Kliniken der Stadt oder der Kassenärztlichen Vereinigung abzuschließen, die die Verpflichtung enthalten, während eines festgelegten Zeitraums hier zu praktizieren.
- Unterstützt werden alle Initiativen, die eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für das Personal an medizinischen Einrichtungen anstreben. Verbesserungsbedürftig ist in diesem Zusammenhang auch die „aufgabengerechte Ausstattung mit Fachpersonal“, wie es so schön heißt.
- Für die Linke sind Versorgungsengpässe bei Medikamenten ein Thema, das regelmäßig auf die Tagesordnung gehört; dafür will sie sorgen.
- Die Linke setzt sich außerdem dafür ein, dass alle medizinischen Einrichtungen und Arztpraxen leicht erreichbar sind (möglichst mit den Öffis) und, wo noch nicht geschehen, barrierefrei ausgestattet werden.
- Das Informationssystem über die in unserer Stadt praktizierenden Ärzte ist verbesserungswürdig. Es muss vor allem vereinheitlicht werden und nicht nur in digitaler, sondern auch in analoger Form zur Verfügung stehen.
- Im weiteren Sinne gehören auch Bemühungen um eine gesunde Ernährung mit regionalen, bio-zertifizierten Produkten zum Thema. Solche Bemühungen will die Linke ausdrücklich würdigen und ihre Umsetzung z.B. im Rahmen der Schulspeisung oder des Speiseplans der Krankenhäuser, Betriebskantinen und Pflegeheime unterstützen.

d) Arbeit

Ich habe mir mal den Spaß gemacht, aktuelle Kommentare der Linken zum Begriff „Arbeit“ zur Kenntnis zu nehmen. Ergebnis: Sie halten den traditionellen Arbeitsbegriff für unzureichend. Und ich glaube, damit haben sie Recht. Meistens ist ja nur der bezahlte Job gemeint, aber die unbezahlte Haus- und Familienarbeit wird genauso wenig dazu gerechnet wie die Leistungen der Ehrenamtlichen. Und was wurde in letzter Zeit nicht alles an gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten in die Ehrenamtlichkeit abgeschoben! Da entsteht doch ein ganz schiefes Bild von dem, was Arbeit bedeutet und woran man die vielzitierte Leistungsprinzip erkennt. Auch wenn es heutzutage noch utopisch ist, jede Form von Arbeit, die der Allgemeinheit nützt, zu honorieren, so sind doch bestimmte Maßnahmen umsetzbar, die zu einer gerechteren Verteilung der Lasten führen.

In diesem Sinne fordert die Linke:

- Keine Bezahlung unter Mindestlohn!
- Alle Unternehmen, die im Auftrag der Stadt tätig sind, haben sich an verbindliche Vorgaben zu halten. Diese betreffen neben der Einhaltung des Mindestlohn-Gebots fast immer auch die Existenz eines Betriebsrates – wenn der noch nicht vorhanden ist, erwarten die Linken, dass seine Gründung in die Wege geleitet wird.
- Die Arbeitgeber unserer Stadt, ob nun private Firmen oder städtische Betriebe oder der öffentliche Dienst, sollen mehr Flexibilität im Job ermöglichen, damit die Familienarbeit nicht zu einer unzumutbaren Belastung wird. Entsprechende Arbeitszeitmodelle und Teilzeitjobs sollen vermehrt angeboten werden. Auch die 4-Tage-Arbeitswoche ist eine Option.
- Die Gewerkschaften können sich in ihrem Kampf um mehr Mitbestimmung und flächendeckende Tarifverträge auf die Unterstützung der Linken verlassen.
- Die Möglichkeiten, unsere ausländischen Mitbürger mit Arbeitsplätzen zu versorgen, sind längst nicht ausgeschöpft – das muss sich ändern!
- Die Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit dem Jobcenter lässt Wünsche offen, für deren Erfüllung die Linke Vorschläge entwickelt hat. Vor allem muss es darum gehen, mehr Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten.

PROJEKT 2:

Bürgerbeteiligung & ein solidarisches, tolerantes Miteinander

Bei diesem Projekt haben mir die Linken auf die Sprünge geholfen, aber auch die Kommentare aus der Familie und von meiner Kundschaft waren hilfreich.

An einer Überzeugung lässt die Linke nicht rütteln: Sie geht von der Gleichheit aller Menschen aus – unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Alter und sozialem Status; sie streitet für eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte haben.



Deshalb will sich die Linke für folgende Prinzipien und Maßnahmen einsetzen:

a) Gemeinschaftsgefühl stärken

„Der Zusammenhalt und das Gemeinschaftsgefühl in einer Kommune hängen wesentlich davon ab, ob es gelingt, vielfältig nutzbare Begegnungsräume zu schaffen“, lese ich im Wahlprogramm. Dieser scheinbare Alljemeinplatz hat es in sich, bezieht er sich doch auf ganz unterschiedliche Wünsche für ganz unterschiedliche Zielgruppen, die sich Begegnungsstätten teilen müssen, aber nur schwer unter einen Hut zu kriegen sind:

- Unsere Jugendlichen vermissen z. B. stadtteilbezogene Treffpunkte für Drinnen und Draußen (besonders auf dem Görden). Kann es denn so schwer sein, an geeigneten Stellen überdachte Bänke aufzustellen und für jugendgemäße Veranstaltungen nicht nur das HdO vorzusehen?
- Die Senioren wünschen sich mehr Aufenthalts-, aber auch Rückzugsräume, um z.B. Arbeitsgemeinschaften und Interessengruppen/Zirkeln regelmäßige Zusammenkünfte zu ermöglichen.
- Die Linke setzt sich dafür ein, dass neben dem Bürgerhaus Hohenstücken ein weiteres Bürgerhaus (als Ersatz für das „verloren gegangene“ Bürgerhaus Altstadt) etabliert wird.
- Auch die Freizeit-Angebote in Form von Spielplätzen und Sportstätten können gern noch vielfältiger werden (besonders in Hohenstücken).
- Auch wenn ick selbst mit Vereinsmeierei nich so viel anfangen kann, find ich es doch voll in Ordnung, dass sich die Linke für die Förderung der Vereine in unserer Stadt einsetzt. Vereine festigen dit Jemeinschaftsgefühl. Mein Freund Heiko ist z.B. Mitglied bei den Modellbahnfreunden und wenn die ihre jährliche Ausstellung in der Johanniskirche machen, kommt halb Brandenburg gucken. Janz friedlich; da bleibt kein Raum für Hass und Jewalt. Friedlich und fröhlich jeht es auch auf den Lampionumzügen der Kitas zu, die z.B. vom Spielmannszug FTV Stahl Brandenburg begleitet werden, und zwar mit extra einstudierten kindjerechten Melodien. Nicht zu verjessen die internationalen Abende im Interkulturellen Bildungs- und Begegnungszentrum „Gertrud von Saldern“.

b) vielfältige kulturelle Aktivitäten ermöglichen bzw. entsprechende Angebote bereitstellen

Unsere Stadt ist jetzt nich gerade ein Paradebeispiel der Hochkultur, aber ein bisschen wat zu bieten hat sie schon. Stichwort Theater & Konzert: Da gibt es im Profi-Bereich zum Beispiel ein passables Orchester und sein treues Publikum, im Laien-Bereich die Bürgerbühne und als Mischform das mehrfach preisgekrönte Jugendtheater. Oder Stichwort Museen: Wir haben ein Stadtmuseum, ein Industriemuseum und weitere. Stichwort bildende Kunst: Da locken z.B. die Galerie Sonnensegel und die Wredowsche Zeichenschule. Stichwort Freizeit und Erholung: Da hat Brandenburg unter anderem den Marienberg mit Marienbad und Freilichtbühne, mehrere Kinos, das Naturschutzzentrum Krugpark und das Slawendorf zu bieten. Aber dit alles kostet, und zwar vor allem, wenn reguläre Arbeitsplätze dranhängen. In Zeiten knapper Kassen wird dann jerne mal die Kürzung der Mittel für diese Institutionen diskutiert. Dabei kann das Sparen an der falschen Stelle teuer werden, wie man jetzt beim Marienbad sieht.

Es jibt darüber hinaus aber auch noch beliebte Volks- und Stadtteilstefte wie z.B. den Fischerjakobi und das Höfefest, die überwiegend ehrenamtlich gestemmt werden bzw. in der Regie von Vereinen liegen. Nicht zu vergessen die Angebote

der alternativen Kunstszene mit Poetry Slams, Kleinkunst-Programmen und und und. Dafür können in sehr begrenztem Maße finanzielle Unterstützungsmittel beantragt werden.

Vor diesem Hintergrund fordert die Linke:

- die Finanzierung der etablierten Kulturinstitutionen der Stadt auch in Zukunft hinzukriegen,
- bei der Diskussion von Finanzspritzen für die vorwiegend ehrenamtlich betreuten Veranstaltungen und Projekte keine Routine einreißen zu lassen nach dem Motto: Es kriegen die was, die immer was kriegen,
- bei der Förderung von alternativen Projekten alle Alters- und Interessengruppen zu berücksichtigen.

c) Ehrenamt würdigen

- Die Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeiten sollte sich nicht auf symbolische Gesten wie den sprichwörtlichen „feuchten Händedruck“, auf Urkunden und eine Ehrenamts-Card beschränken, die nur unbedeutende Vorteile zu bieten hat. In hessischen Kommunen z.B., so berichtet meine Cousine aus Wiesbaden, jenießen die Besitzer der Ehrenamts-Card eine Fülle von attraktiven Vergünstigungen. Ick sage nur: Freikarten für Sport- und Kulturveranstaltungen, Ermäßigungen beim Besuch von Kinos, Museen, Schwimmbädern und anderen Freizeiteinrichtungen, Halbierung der Gebühren für Volkshochschulkurse... Wär dit nich auch wat für unsere Ehrenamtler?

d) Bürgerbeteiligung fördern und fordern

Ein weiterer Merksatz aus dem Wahlprogramm der Linken besagt sinnjemäß: Wie demokratisch es in einer Kommune zugeht, lässt sich u.a. daran messen, wie viele Bürger ernsthaft in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden und wie man mit ihren Vorschlägen umgeht. Wohl wahr! Und ick sage mal: **Da ist noch viel Luft nach oben.**

- Es hat über 10 Jahre gedauert, bis unser Stadtparlament erstmals mehrheitlich einem Bürgerhaushalt zugestimmt hat. Das bedeutet: Eine bestimmte Summe steht frei zur Verfügung und alle Bürger dürfen Vorschläge einreichen, wofür dieses Geld ausgegeben werden soll. Danach wird ermittelt, welche Ideen die meiste Zustimmung bekommen haben und diese werden dann verwirklicht. **Dafür, dass der erste Bürgerhaushalt ein Erfolg wird, setzt sich die Linke janz besonders ein.**
- Zu nennen ist außerdem der „lokale Teilhabepan“ (siehe Projekt 3), der den Linken sehr am Herzen liegt.

PROJEKT 3: Zuverlässige, preiswerte und klimagerechte Mobilität



Dieses Projekt hat sich mein Freund Heiko genauer angesehen; ick übernehme hier seinen Text:

„Unsere Lebensqualität wird sehr stark vom Grad unserer Mobilität bestimmt.“ – den ersten Satz der Linken in ihrem Programmentwurf kann ick voll unterschreiben.

a) Mobilität fängt bei geeigneten Fußwegen an.

Aber wat für den einen ein netter kleiner Spaziergang ist, kann für den anderen eine echte Herausforderung sein. Nehmen wir meine Nachbarin: Die ist 75 und nicht mehr jut zu Fuß. Oder meinen Kollegen bei ZF Getriebe: Der hat 'ne Augengeschichte und kann die meisten

Schilder nich entziffern. Andere Leute müssen mit anderen Handicaps leben, die ihre Mobilität einschränken. Da reicht es nicht, menschliche Unterstützung oder technische Hilfsmittel anzubieten.

Das Zauberwort heißt **Barrierefreiheit**. Und die beginnt bei der Planung und Genehmigung von Baumaßnahmen an Straßen, Gebäuden und Verkehrsmitteln und betrifft z.B. die Gestaltung von Eingängen und die Ausstattung mit geeigneten Rampen. Alle Neuanschaffungen in diesem Bereich wollen jut überlegt sein.

Hier dachte ick so bei mir: Am besten, man befragt die Betroffenen selbst und bezieht se in den Planungsprozess mit ein, legt zum Beispiel gemeinsam mit ihnen fest, welche Maßnahmen am dringlichsten sind. Aber genau dit jeschieht viel zu wenig bis jarnich. Warum eigentlich nich?

Dabei jibt es seit Jahren eine offiziell absegnete Prozedur, um zu echt bürger-nahen Entscheidungen zu kommen. Schon mal wat vom „**lokalen Teilhabeplan**“ jehört? Ick nämlich auch nich und dit zeigt doch schon das ganze Dilemma. Der Teilhabeplan ist zum Papiertiger geworden; er wird nicht mehr wirklich genutzt, geschweige denn breit diskutiert und weiterentwickelt. **Das will die Linke jetzt ändern.**

Ick würde übrigens unter Barrierefreiheit noch mehr verstehen: Für viele ältere Mitbürger, auch ganz gesunde, ist der Umgang mit dem Internet eine Barriere. Da müssen Hilfsangebote her, sagt auch die Linke und listet einige in ihrem 4. Projekt unter den Stichworten Unterstützungsangebote und Schulungsmaßnahmen auf.

b) Mobilität setzt voraus, dass Straßen und Brücken kontinuierlich instand gehalten werden.

Dafür jibt es Pläne, vor allem den Verkehrsentwicklungsplan. Aber Papier ist auch in unserer Stadt jeduldig. Viele Maßnahmen verzögern sich. **Für die Linke ist das Grund genug, künftig penetranter nachzuhaken.**

c) „Mobilität braucht Energie“ heißt es im Programmentwurf.

Klingt banal - aber nur, solange man nich danach fragt, welche Arten der Mobilität und der Energiegewinnung nach vorne jebraucht werden sollen. Entscheidungen zur Energiepolitik werden auf höheren Ebenen jetroffen (Land, Bund, EU), darauf hat eine einzelne Stadt kaum Einfluss. Umso wichtiger ist es, vor Ort besonders klimaschonende Formen der Mobilität zu fördern. Die Sache hat nur einen Haken: Die Leute werden sich für eine klimafreundliche Fortbewegung nur dann entscheiden, wenn sie wat davon haben, zumindest nich draufzahlen müssen. Manch einer würde ja den privaten PKW ganz jern in der Garage lassen, dazu müsste es aber Alternativen geben, die billiger, bequemer und möglichst auch schneller sind. In diesem Sinne hat sich die Linke 'ne ganze Menge einfallen lassen. **Sie will sich dafür einsetzen,**

- dass der ÖPNV weiter ausgebaut wird; dabei soll vorerst Straßenbahn vor Bus jehen (jedenfalls, so lange Busse mit E-Antrieb oder grünem Wasserstoff für unsere Stadt noch nich spruchreif sind),
- dass der ÖPNV flexibler auf spezielle Anforderungen und wechselnde Bedarfe reagiert, z.B. durch Einsatz von Kleinbussen,
- dass die Anbindung der Ortsteile und ländlichen Gemeinden (Umland) verbessert wird,
- dass die Fahrpreise für die Öffis nicht weiter steigen und besser auf Sonderwünsche zugeschnitten werden (z.B. auf Kurzstreckenfahrten),
- dass der Radverkehr nicht länger als Stiefkind und Anhängsel der Autolobby behandelt wird, sondern der eigenständige Ausbau des Radwegenetzes zügig vorankommt,
- dass in den Öffis mehr Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder jeschaffen und an den Haltestellen Fahrradbügel anjebraucht werden,
- dass man bequem auf einer Strecke das Beförderungsmittel wechseln kann, z.B. von Auto auf Öffi umsteigen oder umgekehrt; dazu müssen an den Schnittstellen entsprechende Parkmöglichkeiten einjerrichtet werden,
- dass der Durchgangsverkehr so weit wie möglich aus der Stadt herausgehalten wird und
- dass eine noch bessere Abstimmung zwischen Bahnverkehr und ÖPNV stattfindet.

Außerdem will sich Die Linke für Tempo-30- bzw. autofreie Zonen im Stadtgebiet einsetzen.

PROJEKT 4:

Mehr Freude am Lernen, bessere Bedingungen



Mit diesem Projekt hat sich vor allem mein Sohn Fritzchen beschäftigt. Ich fasse seine Überlegungen hier zusammen:

Zunächst einmal können wir beide uns, quasi als Einleitung, eine Feststellung nicht verkneifen: In puncto Bildung liegt vieles im Argen. In kaum einem Land hängt der Bildungserfolg der Kinder so sehr vom Geldbeutel der Eltern und ihrer Stellung auf dem sozialen Treppchen ab. Eine Reform des deutschen Bildungssystems ist überfällig. Das Prinzip 'jedes Bundesland macht seine eigene Bildungspolitik' ist überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Wie wir in der Diskussion mitgekriegt haben, gibt es eine linke Landesarbeitsgemeinschaft Schule und Bildung, in der auch unsere Stadt-Linken mitmischen. Während über diese Schiene im Landtag mächtig Dampf für eine zukunftsfähige Bildung gemacht wird, gehen die Linken auf kommunaler Ebene mit konkreten Forderungen zur Verbesserung der örtlichen Lernbedingungen in den Wahlkampf.

Und dafür setzen sie sich ein:

a) im Kita- und Hortbereich

- Das Angebot an Kita- und Hortplätzen soll nicht nur den Bedarf decken, sondern auch gleichmäßig über die Stadtteile verteilt sein. Dabei kann eine zentrale digitale Erfassung der Bedarfe, wie sie in anderen Kommunen schon üblich ist, helfen.
- Die Elternbeiträge sind inzwischen anjeglischen worden und orientieren sich an einem niedrigen bis mittleren Beitragsniveau. Daran darf unter keinen Umständen jerrüttelt werden.
- Wo noch nicht jeschehen, soll Barrierefreiheit herjestellt werden. Das gilt auch für die Bildungsbereiche von b) bis e).
- Die Öffnungszeiten der Kitas gehören in regelmäßigen Abständen auf den Prüfstand, um mit den Arbeitszeiten der Eltern in Einklang zu bleiben.

b) im Bereich Schule

Das Lernen kann einem vergehen, wenn die Ausstattung der Schule von Anno Dummals stammt. Jemeint sind hier nicht nur undichte Fenster, ramponierte Möbel oder versifftete Sanitäranlagen, sondern vor allem auch veraltete Lehr- und Lernmittel. Nach der Wende musste ein jewaltiger Sanierungstau aufgelöst werden. Die Runderneuerung von Gebäuden und Sportanlagen ist vorangekommen, aber noch nicht abjeschlossen: Ich nenne hier nur die Sporthalle Kirchmöser, Stichwort Hallenboden und Sanitärbereich, oder die Sportplätze

der Gebrüder-Grimm-Schule und der Beethoven-Schule, Stichwort: Wildwuchs von Bäumen und Sträuchern auf dem Gelände. Und wat fast noch bedenklicher ist: Die Schulen wurden zwar inzwischen mit elektronischen Unterrichtsmitteln und Lernwerkzeugen ausjestaattet – aber wat nützt dit, wenn zu wenig Schulungen für deren Bedienung anjeboten werden? In vielen Schulen stehen z.B. die neu anjeschafften Whiteboards unjenuutzt herum.

Deshalb fordert die Linke:

- Die noch ausstehenden Sanierungsarbeiten sind schnellstmöglich zu erledigen. Gleichzeitig ist das Motto zu beherzigen: Nach der Sanierung ist vor der Sanierung. Deshalb darf die Fortschreibung des Schulentwicklungs- und des Schulsanierungsplans nicht auf die leichte Schulter jenommen oder auf die lange Bank jeschoben werden.
- Außerdem muss für die Weiterbildung des Lehrpersonals in puncto Digitalisierung jesorgt werden.
- Die Linke begrüßt die Bemühungen mehrerer Schulen der Stadt, sich weiter zu vernetzen, und fordert alle Schulen auf, an der Netzwerkbildung mitzuwirken. Insbesondere soll es dabei um den kollegialen Erfahrungsaustausch und die Weiterbildung zu modernen Schulkonzepten und zukunftsfähigen Lernformen gehen (z.B. hohe Medienkompetenz).

Weitere Aktivitäten:

- Die Linke setzt sich ein für eine deutliche Erhöhung der Ganztagsangebote. Schön und jut, kommentierte Fritzchen, aber dann muss auch dafür jesorgt werden, dass der Hort mehr ist als eine Kinderbewahranstalt. Dit dachte sich die Linke auch und fordert eine Konzeption, für die inhaltliche und organisatorische Zusammenarbeit von Grundschule und Hort.
- Die Linke ist an einem Pilotprojekt beteiligt, das ebenfalls auf die Zusammenarbeit von Institutionen setzt: diesmal auf die Zusammenarbeit von Förder- und „normalen“ Schulen unter dem Stichwort Inklusion im Bereich Gesundheit und Sport.
- Bestärkt wird die Zusammenarbeit der Schulen mit Kooperationspartnern aus der Wirtschaft, dem Dienstleistungssektor (z.B. den Kliniken) und mit anderen Bildungseinrichtungen (z.B. den beiden Hochschulen der Stadt).
- Die Linke ist aktive Unterstützerin der **Volksinitiative für ein kostenloses Mittagessen**. Im Entwurf des Wahlprogramms heißt es dazu: „Mit knurrendem Magen lernt es sich nicht gut. Eltern oder Alleinerziehende, die durch ungünstige Arbeitszeiten, Armut, Sucht- oder psychische Erkrankungen in ihren Möglichkeiten eingeschränkt sind, für eine regelmäßige und gesunde Ernährung ihrer Kinder zu sorgen, wären von einer Last befreit. Eltern, die glauben, eine solche Unterstützung nicht nötig zu haben, sollten das Angebot dennoch nutzen, denn das Gefühl von Chancengleichheit und solidarischem Miteinander in der gemeinsamen, nicht zu kurzen Essenspause ist unbezahlbar.“ Dem kann ich nur begeistert zustimmen.

- Die Linke setzt sich für zusätzliche Stellen im Bereich Sozialarbeit ein.
- Unterstützung verdienen auch die Aktionen des „Jugendforum Brandenburg“ gegen Mobbing, rechtsradikale, rassistische und sexistische Tendenzen an den Schulen.

c) im Bereich Berufliche Aus- und Weiterbildung

Jut, dass die Linke sich hier um dit Angebot an Ausbildungsplätzen in kleinen und mittleren Unternehmen kümmern will. Gerade bei der Beantragung von Fördermitteln können die Ausbildungsbetriebe jede Hilfe und clevere Ideen gebrauchen. Die sind auch jefragt, wenn es um Aus- und Weiterbildungsangebote für schwer vermittelbare Jugendliche geht.

d) im Hochschulbereich

Fritzchen will kommenden Herbst ein Studium an der Technischen Hochschule Brandenburg (THB) beginnen und stellte erfreut fest, dass die Linken mit den Studis ordentlich im Gespräch gewesen sein müssen, und zwar auch mit denen der Medizinischen Hochschule Brandenburg (MHB). **Die Linken liegen ganz richtig, sagt er, wenn sie betonen:**

- Zu juten Studienbedingungen gehört nich nur ein qualitativ hochwertiges Angebot an Lehrveranstaltungen - da schneiden die Hochschulen unserer Stadt eigentlich ganz jut ab -, sondern auch ein förderliches Umfeld.
- Unsere Stadt tut sich schwer damit, dit Flair einer richtigen Studentenstadt zu entwickeln. In Brandenburg "ist nicht viel los", heißt es dann. Sonst würden nicht so viele Studis täglich von Berlin und Potsdam zu uns pendeln.
- Die Anzahl und Vielfalt von Begegnungsstätten und Kulturangeboten für Studis soll erhöht werden. Siehe dazu Projekt 3.

e) Erwachsenenbildung, lebenslanges Lernen

Fritzchen staunte nicht schlecht über das Engagement unserer örtlichen Linken auf diesem Jebiet.

- Unterstützt werden Institutionen wie die Volkshochschule, die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft und weitere in ihren Bemühungen, Kurse anzubieten, die der Bewältigung des Alltags und der Berufspraxis dienen (z.B. Computerkurse, Hilfen zum Thema Bewerbungsschreiben, Steuererklärung, Projektanträge, Sprachkurse, speziell auch für Geflüchtete und Migranten) oder für die kulturelle Bildung notwendig sind.
- **Der Kreisverband selbst ist einmal monatlich mit einer kostenlosen Sozial-, Schulden- und Rechtsberatung (Sozial-, Straf-, Mietrecht) am Start** und bezieht auch ortsansässige Rechtsanwälte mit ein.



Die Linke



So, Leute, dit war's von uns. Wir ham uns redlich Mühe jegeben. Und je länger wir uns mit dem Programm der Linken beschäftigt haben, desto mehr hat es uns einjeleuchtet.

Also, ick und meine Leute wissen, wo wir am 9. Juni unser Kreuzchen machen. Und euch kann ick mit jutem Jewissen den Tipp jeben: **Wählt die Linken, da könnta nischt falsch machen.**

www.dielinke-stadt-brb.de



**Impressum:
Die Linke Kreisverband Brandenburg
Pauliner Str. 11
14776 Brandenburg an der Havel**

www.dielinke-stadt-brb.de